

Themenfeld:

Verteidigung der Gemeingüter und ein neuer Wohlstandsindex

Autor: Dr. Josef Senft, Förderkreis Oscar-Romero-Haus Bonn

Bedingt durch die verheerenden Auswirkungen der Finanzkrise und trotz der offensichtlichen Tendenz zur Rückkehr zu dem ursächlichen Finanzgebahren wächst im öffentlichen Bewusstsein die Einsicht, dass das blinde Vertrauen auf die Selbstheilungskräfte des Marktes aufgegeben und regulierende Maßnahmen des Staates (sowie entsprechende internationale Vereinbarungen) ausgebaut werden müssen. In diesem Lernprozess tauchen in jüngster Zeit weitere Aspekte auf, welche die Themenkomplexität noch vergrößern, aber auch bereichern. Da ist z.B. die aktuelle Debatte um die Wiedergewinnung und Stärkung der Gemeingüter (Commons, Allmende) wie z.B. Wasser, Boden, Wald und Atmosphäre oder auch der Einsatz für freie Software.

Dieses Thema korrespondiert u.a. mit der Verleihung des Wirtschaftsnobelpreises an Elinor Ostrom, die – so das Nobelkomitee – mit ihren Forschungen gezeigt hat, wie gemeinschaftliches Eigentum von Nutzerorganisationen erfolgreich verwaltet werden kann, und dass man sich dabei besser nicht dem Markt aussetzen oder auf den Staat verlassen sollte. Wenn es nämlich um die nachhaltige Bewirtschaftung von knappen natürlichen Ressourcen (Gemeingütern) geht, sei die Orientierung am Subsidiaritätsgedanken sowohl staatlicher Kontrolle als auch Privatisierungen überlegen. Jenseits bzw. komplementär zu Markt und Staat ist nach Meinung Ostroms die Steuerungsressource Solidarität gefragt, die in Formen genossenschaftlichen und gemeinwesenorientierten Wirtschaftens und in zivilgesellschaftlichen Initiativen anzutreffen sei.

Angesichts dieser Debatten stellen sich u.a. folgende Fragen: Gibt es im Sinne der Forschungsergebnisse Ostroms neben Markt und Staat wirklich eine dritte gesellschaftlich relevante Steuerungsressource, die für die Krisenbewältigung und auf Zukunft hin von Bedeutung ist, oder handelt es sich dabei letztlich doch nur um einen Nischenbereich der Gesellschaft, der womöglich von den eigentlichen Problemen ablenkt? Erfahren Sozialprinzipien wie Solidarität und Subsidiarität, die nicht zuletzt auch in der Tradition der katholischen Sozialethik ihre Ausformulierung und Bedeutung gewonnen haben, derzeit eine erneute und profilierende Bestätigung, und was bedeutet das für ein Leben in Fülle für alle?

Vor dem Hintergrund der Finanzkrise wurde der Nobelpreis für Elinor Ostrom insofern als „exakt zur richtigen Zeit vergebener Preis“ bewertet, als ihre Forschungen neben den Polen Regierung und Markt zusätzliche Kontrollmöglichkeiten ins Spiel gebracht haben. Ihre Fallstudien haben gezeigt, dass entgegen der traditionellen Annahme, bei Allmendegütern suche jeder Nutzer nur seinen privaten Vorteil, in der Realität Menschen häufig sehr wohl in der Lage sind, Gemeinschaftseigentum nachhaltig und vernünftig zu verwalten – ohne staatliche Vorschriften und ohne das Eigentum zu privatisieren. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung schrieb mit deutlicher Akzentsetzung gegen die ungeliebte Einsicht zu mehr staatlicher Regulierung: „Ganz im Sinne des Subsidiaritätsprinzips plädiert Ostrom dafür, nachhaltige Lösungen im Umgang mit Ressourcen eher von den Bürgern selbst als vom Staat zu erwarten.“ (www.faz.net/s/RubC9401175958F4DE).

Bei etlichen dieser Kommentare wird allerdings zu wenig gesehen, dass die Leistung Ostroms gerade darin besteht, die Regeln für diese gemeinschaftliche Nutzung der Gemeingüter herausgearbeitet zu haben. Bei der erfolgreichen Lösung von lokalen Allmende-problemen kommt es nach Ostrom nämlich vor allem auf folgende Regeln an: Bei der Festlegung der Regeln müssen alle Betroffenen mitwirken können, die Vereinbarungen müssen den lokalen Bedürfnissen angepasst sein, ihre Einhaltung muss überwacht werden, bei Regelverstößen

muss es abgestufte Sanktionsmöglichkeiten geben und die Selbstbestimmung der Gemeinde wird durch übergeordnete Regierungsstellen anerkannt.

Diese Aspekte einer tendenziellen Demokratisierung der Wirtschaft wurden vor allem von globalisierungskritischen Gruppen und in einer ganzen Reihe von Zeitschriften in Schwerpunktheften aufgegriffen, indem sie sich mit der Rückgewinnung und dem Schutz der Gemeingüter beschäftigten und dieses prima vista ökonomische Thema schon vor der Nobelpreisverleihung an Ostrom in den größeren ökologischen und sozialen Gesamtzusammenhang gestellt hatten. Einen wichtigen Impuls gab die Heinrich-Böll-Stiftung, die zu diesem Thema mehrere Konferenzen durchführte (vgl. Lit.). Im Mai 2008 wurde anlässlich der 9. UN-Konferenz zur „Konvention über Biologische Vielfalt“ das „Bonner Manifest“ zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung von Gemeingütern verabschiedet und der Status quo massiv kritisiert: „Die zerstörerische Freiheit, lokale, regionale und globale natürliche Gemeinschaftsgüter – wie die Meere, Gewässer, Urwälder/Vegetation, Rohstoffe und die Atmosphäre – als `Niemandland` zu behandeln und öffentliche Gemeinschaftsgüter – wie Verkehrs- und Versorgungssysteme – als `Manövriermasse`, – meist zum Zwecke privatwirtschaftlicher Gewinnmaximierung – muss endlich ein Ende haben.“ (www.schuetzt-die-allmende.de). Auf dem Höhepunkt der Finanzkrise wurde im Januar 2009 auf dem 9. Weltsozialforum in Belém do Pará, Brasilien, ein „Manifest zur Wiedergewinnung der Gemeingüter“ beschlossen, in welchem alle BürgerInnen der Welt und ihre Organisationen dazu aufgerufen werden, „sich für die Rückeroberung oder Erlangung der gesellschaftlichen Verfügung über die gegenwärtigen und künftigen Gemeingüter der Menschheit und der Erde zu engagieren, damit im Umgang mit ihnen all jene Menschen und Gemeinschaften mitwirken und zusammenarbeiten können, die davon direkt betroffen sind.“ (ila 323, 26).

Nach Meinung von Silke Helfrich wäre es ein erster Schritt in diese Richtung, statt des Bruttoinlandsprodukts (BIP) den Zustand der Gemeingüter zum Maßstab des wirtschaftlichen Erfolgs zu machen. Dafür sei es erforderlich, die Frage zu klären, „wie verhalten sich Prinzipien der Gerechtigkeit, Reziprozität, Subsidiarität u. a. zur Notwendigkeit, vom Individuum *und* vom Kollektiven her zu denken?“ (<http://commonsblog>). In diesem Sinne müssen deshalb die Kritik an der blinden und absoluten Orientierung der Wirtschaft am Wachstum verstärkt werden und die Kriterien für Wohlstand neu definiert werden. So hat z.B. die New Economics Foundation in London statt des Bruttonettoprodukts das subjektive Wohlbefinden, die objektive Lebenserwartung und den Ressourcenverbrauch zum Maßstab gemacht. Und eine vom Umweltbundesamt in Auftrag gegebene Pilotstudie eines Nationalen Wohlstandsindex` (NWI) berücksichtigt neben der wirtschaftlichen Entwicklung (vgl. das BIP) 20 weitere Variablen wie soziale Gerechtigkeit, unbezahlte Arbeit, Umweltschäden oder die Inanspruchnahme von Ressourcen (vgl. *Le Monde diplomatique* 7/2010).

Literatur und Links

Silke Helfrich / Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Wem gehört die Welt? Zur Wiederentdeckung der Gemeingüter. München 2009

www.schuetzt-die-allmende.de/manifest.html

Schwerpunkthefte der Informationsstelle Lateinamerika, ila 323, März 2009 und des Informationszentrums Dritte Welt, iz3w 315, Nov./Dez. 2009

www.commonsblog.wordpress.com

Hans Diefenbacher / Roland Zieschank: Indikatoren des Glücks. Überlegungen zu einem Nationalen Wohlfahrtsindex, in: *Le Monde diplomatique* Juli 2010, 6f.